

Mögliche Revitalisierungschancen für die Gewerkschaften unter den Bedingungen des Krisenkorporatismus präsentiert Urban für Deutschland. Dabei nimmt er institutionelle und mitgliederbasierte Machtquellen der Gewerkschaften in den Blick und leitet daraus deren Strategieoptionen ab. Die Krise hat den Gewerkschaften zwar neue interessenpolitische Einflusskanäle und Verhandlungsspielräume eröffnet (z. B. Sozialpakt, Reform des Kurzarbeitergeldes, Tarifverträge zur Sicherung der Beschäftigung), sie mussten aber im Gegenzug häufig Zugeständnisse machen (v. a. Lohnzurückhaltung, Arbeitszeitflexibilisierung). Außerdem war die Reichweite der Tarifverträge gegen die Krise auf hoch qualifizierte Stammbesetzungen in der Industrie begrenzt. Im ökonomischen Kontext der Krise hatten sowohl Staat als auch Arbeitgeber ein Interesse an der Kooperation mit den Gewerkschaften, während das Interesse der Gewerkschaften an Sozialpakten auf einer – kurzfristigen – Vermehrung der institutionellen Ressourcen gründete. Allerdings verfügen die Gewerkschaften nicht über jene Macht, die eine Durchsetzung von Lohnsteigerungen und sicherer Beschäftigung ermöglicht. Der Wandel des deutschen Arbeitsmarktregimes hat die Möglichkeit einer solidarischen Lohnpolitik unterminiert (siehe auch Lehndorff). Doch auch der „Schuldenstaat“ (Streeck [2013]), dessen Handlungsoptionen durch die verstärkte fiskal- und wirtschaftspolitische Steuerung der EU eingeschränkt sind, hat im Krisenkorporatismus an Macht verloren.

Die überzeugenden Analysen der Autoren, die der Band präsentiert, lassen sich um eine weitere Schlussfolgerung ergänzen. Wie Urban feststellt,

erfordern die gegenwärtigen Entwicklungen der nationalen Modelle in Richtung Neoliberalismus und die jüngsten Reformen des Rahmens der Europäischen Wirtschaftsregierung den Aufbau von Institutionen auf mehreren Ebenen. Die Länderbeiträge fokussieren vor allem auf mögliche Handlungsstrategien der Gewerkschaften auf nationaler Ebene. Die Rolle der Gewerkschaften bei der Schaffung europäischer Institutionen zur tarifpolitischen Koordinierung und des sozialen Dialogs bleibt dabei unterbelichtet. Vor dem Hintergrund der Einseitigkeit der wirtschaftspolitischen Steuerung auf EU-Ebene, die mit den Zielen der Schaffung von Wachstum und der Sicherung der sozialen Inklusion, wie sie in der Europa-2020-Strategie formuliert sind, unvereinbar sind (siehe den Beitrag von Leschke, Theodoropoulou und Watt), könnten europäische und nationale Gewerkschaften ein Gegengewicht aufbauen. Das erfordert allerdings die Errichtung unterstützender regulativer Institutionen durch die europäischen politischen Akteure sowie eine Korrektur der einseitig ausgabenorientierten wirtschafts- und fiskalpolitischen Koordinierung in der EU.

Vera Glassner

Anmerkungen

¹ Traxler (1995).

² Vgl. Bohle und Greskovits (2012).

Literatur

- Bohle, Dorothee; Greskovits, Béla, *Capitalist Diversity on Europe's Periphery* (Ithaca, NY, 2012).
 Crouch, Colin, *Post-Democracy* (Cambridge 2004).
 Crouch, Colin, *The Strange Non-Death of Neoliberalism* (Cambridge 2011).